



Niederschrift

30. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

Sitzungstermin:	Dienstag, 14.02.2023
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	21:18 Uhr
Ort, Raum:	Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Straße 79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Frau Tina Lange	Sozial.DIE LINKE.Potsdam
-----------------	-----------------------------

Ausschussmitglieder

Frau Grit Schkölziger	SPD	ab 17:35 Uhr
Herr Daniel Keller	SPD	ab 18:14 Uhr
Frau Wiebke Bartelt	Bündnis 90/Die Grünen	ab 17:35 Uhr
Herr Jens Dörschel	Bündnis 90/Die Grünen	ab 17:35 Uhr
Herr Clemens Viehrig	CDU	
Herr Denny Menzel	DIE aNDERE	
Herr Sebastian Olbrich	AfD	nicht entschuldigt
Frau Sabine Becker	Freie Demokratische Partei	

zusätzliches Mitglied

Frau Dr.med. Carmen Klockow	Bürgerbündnis	entschuldigt
-----------------------------	---------------	--------------

Vertreter des zusätzlichen Mitgliedes

Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis	entschuldigt
----------------------	---------------	--------------

sachkundige Einwohner

Herr Roman Böttcher	DIE aNDERE	
Frau Tabea Gutschmidt	CDU	ab 18:13 Uhr
Frau Eileen Hoffmann	BürgerBündnis	nicht entschuldigt
Frau Alma Kleen	SPD	
Herr Christian Porath	Freie Demokraten	nicht entschuldigt
Herr Mathias Schindler	Bündnis 90/Die Grünen	

Herr Ronald Sima

DIE LINKE

Fach-/Bereichsleitende

Frau Annegret Lauffer

FBL Bildung, Jugend und Sport entschuldigt

Herr Robert Pfeiffer

FBL Bildung, Jugend und Sport

Vertreter der Beiräte

Herr Khalil Ehmed

Migrantenbeirat

bis 18:40 Uhr

Herr Wolfgang Puschmann

Seniorenbeirat

bis 19:50 Uhr

Gäste

Herr Bulgrin	Jugendbeirat (in Gründung)
Frau Hagemann-Rentzsch	Kreiselterrat
Frau Pichler	Stadtsporbund
Herr Hilbert	BL 235
Herr Kümmel	401
Herr Tefs	233
Frau Buschner	Kobra.net
Herr Dörnbrack	Staatliches Schulamt
Herr Blum	SL Humboldt-Gymnasium
Frau Gronke-Hermann	SL Grundschule am Telegrafenberg
Herr Ronneburger	Elternvertreter Grundschule am Telegrafenberg
Frau Mattekant	Direktorin SLB
Herr Prof. Hobohm	Vors. Potsdamer Bibliotheksgesellschaft
Frau Kitzmann	FBL 38
Frau Dr. Haase	2301

Schriftführer/in:

Frau Nicole Heidrich GB Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 20.12.2022
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 3.1 Stärkung der beruflichen Bildung in der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 21/SVV/1205

- Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
- 3.2 Rahmenbedingungen für digitalgestütztes Lernen
Vorlage: 22/SVV/0058
Einreicher: Fraktion SPD
- 3.3 Prüfung der Einrichtung von wettkampffähigen Sportstätten in der LH Potsdam: Innenstadt und Babelsberg. Aufnahme des westlichen Viertels des Lustgartens in die Potentialflächen
Vorlage: 22/SVV/1158
Einreicher: Fraktion CDU
- 3.4 Bad für den Norden der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 22/SVV/1220
Einreicher: Fraktion CDU
- 3.5 Kiez-Schwimmbad Nord verbindlich in die Planung aufnehmen
Vorlage: 23/SVV/0049
Einreicher: Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam und SPD
- 3.6 Beschluss Rahmenplan Golm 2040
Vorlage: 22/SVV/1236
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
- 3.7 Sonntagsöffnung der Stadt- und Landesbibliothek
Vorlage: 22/SVV/1265
Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
- 3.8 Modellprojekt "Poollösung zur Schullassistenz"
Vorlage: 23/SVV/0029
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Inklusion
- 3.9 Verkehrsbehördliche Überprüfung zur Festsetzung von Geschwindigkeitsbeschränkungen vor Schulen, Kitas, Hort- und Senioreneinrichtungen aktualisieren
Vorlage: 23/SVV/0036
Einreicher: Fraktion CDU
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Aktuelle Situation Schulentwicklungsplanung - Sachstand Baumaßnahmen
- 4.2 Sachstand zu Anpassung der Integrierten Kita- und Schulentwicklungsplanung 2021 bis 2026 gem. 21/SVV/1322
- 4.3 Bericht bezüglich Erhöhung des Budgets für PLuS-Projekte gemäß Beschluss: 21/SVV/0963
mündlich GB 2
- 4.4 Vorlage der aufbereiteten Ergebnisse bezüglich Fachgespräch zur Verbesserung der Bildungs- und Förderungsqualität an Potsdamer Schulen gemäß Beschluss: 22/SVV/0159 und Mitteilungsvorlage 22/SVV/1167
mündlich GB 2
- 4.5 Bericht IT an Schulen
- 4.6 Einrichtung des Bildungsgangs Fachoberschule in der Fachrichtung Gestaltung im einjährigen Bildungsgang
Vorlage: 23/SVV/0162

Einreicher: Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport

- 4.7 Kommunalen Medienentwicklungsplan gem. 21/SVV/1133
- 4.8 Bildungsbericht Übergang Schule-Beruf
- 5 Sonstiges
- 5.1 Entwicklung am Standort Telegrafenberg
- 5.2 Fortschritt Michael-Ende Grundschule / Schulstart
- 5.3 Sportplatzsanierung Regenbogenschule Fahrland
- 5.4 Sportplatz Birnenplantage / Ligabetrieb
baurechtliche Auskunft
- 5.5 Möglichkeiten der zeitlichen Begrenzung zu Nutzungsmöglichkeiten von mobilen Umkleiden / Nowawiese
- 5.6 Entwicklung der Anwahlzahlen Schule am Schloss
seit Eröffnung, im Verhältnis zu den zur Verfügung stehenden Plätzen
(Containerlösung)
- 5.7 Online-Anmeldungen im Rahmen Ü1-Verfahren
was wurde angefragt; was könnte abgefragt werden; wie könnten diese Daten
anonymisiert für die Schulentwicklungsplanung nutzbar gemacht werden

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Frau Lange eröffnet die Sitzung und begrüßt die Ausschussmitglieder.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 20.12.2022

Zu Beginn der Sitzung sind 4 stimmberechtigte Ausschussmitglieder und stellvertretende Ausschussmitglieder anwesend. Die Ladung erfolgte ordnungsgemäß.

Frau Lange stellt folgende Rederechte zur Abstimmung:

Herr Ron Bulgrin soll zukünftig als beratendes Mitglied in Funktion des Jugendbeirats (in Gründung) am Ausschuss teilnehmen und daher heute schon uneingeschränktes Rederecht zu den TOPs erhalten.

TOP 3.7 Herr Prof. Hobohm, Vorsitzender der Potsdamer Bibliotheksgesellschaft

TOP 3.8 Frau Buschner, Kobra.net

TOP 4.6 Herr Hähle, Schulleiter OSZ I

TOP 5.1 Herr Blum, Schulleiter Humboldt-Gymnasium (1)

Frau Gronke-Herrmann, Schulleiterin Grundschule am Telegrafenberg (43)

Herr Ronneburger, Elternvertreter Grundschule am Telegrafenberg (43)

Zur Abstimmung der Rederechte sind 6 von 9 stimmberechtigte Ausschussmitglieder und stellvertretende Ausschussmitglieder anwesend. Die Beschlussfähigkeit ist somit hergestellt. Den Rederechten wird einstimmig **zugestimmt**.

Frau Lange stellt folgende Änderung zur Tagesordnung zur Abstimmung:

TOP 3.8 - Modellprojekt „Poollösung zur Schulassistenz“ und TOP 4.4 - Vorlage der aufbereiteten Ergebnisse bezüglich Fachgespräch zur Verbesserung der Bildungs- und Förderungsqualität an Potsdamer Schulen werden vorgezogen, da Frau Kitzmann im Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion erwartet wird.

TOP 5.1 – Entwicklung am Standort Telegrafenberg folgt anschließend.

TOP 3.6 – Rahmenplan Golm 2040 und TOP 4.8 – Bildungsbericht Übergang Schule-Beruf werden zurückgestellt.

TOP 3.4 – Bad für den Norden der LH Potsdam und TOP 3.5 – Kiez-Schwimmbad Nord verbindlich in die Planung aufnehmen sollen gemeinsam behandelt werden.

Den Änderungen in der Reihenfolge zur Tagesordnung wird einstimmig **zugestimmt**.

Gegen die Niederschrift vom 20.12.2022 gibt es keine Einwände. Der Niederschrift wird einstimmig **zugestimmt**.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.8 Modellprojekt "Poollösung zur Schulassistenz"

Vorlage: 23/SVV/0029

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Inklusion

Frau Dr. Haase stellt die Poollösung für Assistenzen in Schulen anhand einer Präsentation (siehe Anlage) vor.

In der sich anschließenden Diskussion hinterfragt man die Strategien für die Personalgewinnung, die Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten, den Verteilungsschlüssel, die konzeptionelle Verankerung des Projektes. Auch auf die Qualifizierung der Assistenzkräfte wird eingegangen. Für Eltern werde die Antragsstellung erleichtert, lediglich in Einzelfällen müssen bei speziellen Bedarfen Anträge auf eine Assistenzkraft gestellt werden. Insgesamt seien sich alle Beteiligten einig, dass diese Poollösung ein Mehrgewinn sei und bedanken sich bei den beteiligten AkteurInnen.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Durchführung des zeitlich begrenzten Modellprojektes „Poollösung zur Schulassistenz“ in den Schuljahren 2023/2024, 2024/2025 und 2025/2026 an den folgenden drei Schulen der Landeshauptstadt:

- Evangelische Grundschule Babelsberg
- Karl-Foerster-Schule (Grundschule)
- Fontane Oberschule mit Primarstufe

(geplanter Zeitraum des Modellprojektes 01.08.2023 bis 31.07.2026).

Um die in Aussicht stehenden Landesmittel zur anteiligen Finanzierung zu sichern, sollen im laufenden Aufstellungsprozess zum Doppelhaushalt 2023/2024 die entsprechenden städtischen Mittel in Höhe von 64.000 € berücksichtigt werden.

Über die jährlichen Evaluationsergebnisse ist die Stadtverordnetenversammlung über eine Mitteilungsvorlage zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	8
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

Die Vorlage wird einstimmig **angenommen**.

zu 4.4 Vorlage der aufbereiteten Ergebnisse bezüglich Fachgespräch zur Verbesserung der Bildungs- und Förderungsqualität an Potsdamer Schulen gemäß Beschluss: 22/SVV/0159 und Mitteilungsvorlage 22/SVV/1167 mündlich GB 2

Frau Dr. Haase geht auf den Auftrag der Stadtverordnetensammlung, ein Fachgespräch zur Auseinandersetzung mit strukturellen und pandemiebedingten Problemlagen an Schulen durchzuführen, ein. Hier wurde unter dem Fokus der Potentiale von multiprofessioneller Kooperation/Teams am Setting Schule durchgeführt. Elemente der Veranstaltung waren Fachvorträge, Best-Practice-Beispiele und Workshops, die der Erarbeitung von Ansätzen dienten. Anhand der Veranstaltungsergebnisse wurden 7 Handlungsfelder identifiziert.

zu 5.1 Entwicklung am Standort Telegrafenberg

Herr Blum führt aus, dass die Sporthalle in der Heinrich-Mann-Allee nicht den Rahmenempfehlungen des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport (MBJS) entspricht. Zudem weise diese Zweifeldsporthalle einen erheblichen Sanierungsbedarf auf. Da nun auch die Grundschule am Telegrafenberg diese Sporthalle mitbenutze, seien die Kapazitäten völlig ausgeschöpft. Auf eine Ausweichmöglichkeit in Richtung Schule am Filmpark müsse man aufgrund des Pendelverkehrs verzichten. Er plädiere daher für die Prüfung einer Zweifeld-Turnhalle in Modulweise an einem geeigneten Standort in der Heinrich-Mann-Allee. Ferner müsse sich der Wohnungsbau an die soziale Infrastruktur orientieren und dürfe dem nicht hinderlich im Wege stehen.

Frau Gronke-Herrmann schließt sich den Ausführungen an. Aufgrund der hohen Auslastung der Turnhalle führe es zu Ausfallstunden im Sport. Ferner gebe sie zu bedenken, dass für den Pendelweg zur Turnhalle immer zwei Lehrkräfte benötigt werden, wodurch eine Lehrkraft für den regulären Unterricht ausfalle. Die Bewegungsfelder springen, laufen und werfen können unter diesen Bedingungen nicht vollumfänglich realisiert werden.

Herr Ronneburger ergänzt, dass zwischen der Rosa-Luxemburg-Schule und der Waldstadt-Grundschule ca. 6 km Luftlinie lägen. Der Standort in der Heinrich-Mann-Allee sei daher unabdingbar. Jedoch sei bislang kein Grundstück für den Neubau der Schule gekauft worden.

In der sich anschließenden Diskussion gestehe man sich Fehler bezüglich der Flächensicherung ein. Die soziale Infrastruktur müsse gestärkt werden. Eine kurzfristige Lösung für den Sport müsse durch eine Sporthalle in Leichtbauweise realisiert werden.

Herr Keller kritisiert, dass dieses Problem bei insgesamt drei Schulstandorten der Fall sei. Man müsse Gelder für den aktiven Flächenankauf bereitstellen und für die zukünftige Standortplanung vorhalten. Er richtet daher eine Bitte an den KIS bis zur nächsten Ausschusssitzung im März eine Übersicht zur Verfügung zu stellen, aus der die Flächen ersichtlich sind, die für zukünftige Schulstandorte herangezogen werden könnten. Zudem bittet er um eine Grundsatzidee für ein aktives Flächenmanagement.

Frau Becker bittet darum, die Finanzierungsmöglichkeiten für eine Leichtbauhalle zu prüfen, die Höhe der Kosten zu ermitteln und dies auch für den ESV Lok zu berücksichtigen. Eine Berichterstattung im März 2023 wird erbeten.

Herr Hilbert sichert eine abgeschlossene Überprüfung einer Interimslösung zur nächsten Ausschusssitzung zu.

zu 3.1 Stärkung der beruflichen Bildung in der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 21/SVV/1205

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE

In der AG Schulentwicklungsplanung am 12. Januar 2023 wurde gemeinsam festgelegt, dass zur Stärkung der beruflichen Bildung ein Folgetermin mit den

OSZ-Leitungen und dem Staatlichen Schulamt Brandenburg a. H. sowie weiteren Beteiligten (u.a. Kammern) und anschließend eine gemeinsame Beratung in der AG SEP erfolgt.

Der Antrag selbst hat sich durch Verwaltungshandeln erledigt.

Der Antrag wird von der Fraktion DIE aNDERE **zurückgezogen**.

zu 3.2 Rahmenbedingungen für digitalgestütztes Lernen

Vorlage: 22/SVV/0058

Einreicher: Fraktion SPD

Frau Schkölziger bringt den Antrag für die Fraktion SPD ein und bittet darum, diesen und den Änderungsantrag der Fraktion FDP bis zur Vorlage des Kommunalen Medienentwicklungsplanes (KMEP) zurückzustellen.

Frau Becker bringt den Änderungsantrag für die Fraktion FDP ein und stimmt dem Vorschlag von Frau Schkölziger zu.

Herr Pfeiffer betont, dass beide Anträge bei der Erstellung des KMEP durch die Firma Garbe, Lexis & von Berlepsch berücksichtigt werden.

Herr Viehrig stellt den Geschäftsordnungsantrag, beide Vorlagen zurückzustellen. Dem Geschäftsordnungsantrag wird einstimmig **zugestimmt**. Die Anträge werden **zurückgestellt**.

zu 3.3 Prüfung der Einrichtung von wettkampffähigen Sportstätten in der LH Potsdam: Innenstadt und Babelsberg. Aufnahme des westlichen Viertels des Lustgartens in die Potentialflächen

Vorlage: 22/SVV/1158

Einreicher: Fraktion CDU

Herr Viehrig bringt den Antrag für die Fraktion CDU ein.

Herr Pfeiffer empfiehlt, beide Standorte im Rahmen des 2023 fortzuschreibenden Integrierten Sportentwicklungsplanung (ISEP) zu prüfen und bei positivem Prüfergebnis mit in die *Zusammenstellung der Potentialflächen zur möglichen Neuerrichtung wettkampffähiger Sportstätten* aufzunehmen (Bestandteil des ISEP's). Der Antragsteller sollte den genauen Standort der potentiellen Fläche in Babelsberg genau definiert nachreichen.

Herr Viehrig **stellt** den Antrag **zurück**, bis der ISEP vorliegt.

zu 3.4 Bad für den Norden der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 22/SVV/1220

Einreicher: Fraktion CDU

Entsprechend der Feststellung der Tagesordnung wird die Drucksache

22/SVV/1220 gemeinsam mit der Drucksache 23/SVV/0049 behandelt.

Nach der gemeinsamen Beratung, siehe Tagesordnungspunkt 3.5, wird der Antrag zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Antrag **abzulehnen**.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	2
Ablehnung:	5
Stimmenthaltung:	0

Der Antrag wird **abgelehnt**.

zu 3.5 Kiez-Schwimmbad Nord verbindlich in die Planung aufnehmen

Vorlage: 23/SVV/0049

Einreicher: Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam und SPD

Entsprechend der Feststellung der Tagesordnung wird die Drucksache 23/SVV/0049 gemeinsam mit der Drucksache 22/SVV/1220 behandelt.

Herr Viehrig bringt die neue Fassung zur DS 23/SVV/0049 ein.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadt Potsdam bekennt sich verbindlich zur Notwendigkeit des Baus einer weiteren Schwimmhalle im Potsdamer Norden.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt:

- Ein geeignetes und genehmigungsfähiges Grundstück für eine Kiez-Schwimmhalle (mindestens fünf 25m-Bahnen und Lehrbecken) zu identifizieren und dieses dauerhaft in kommunalen Eigentum zu sichern sowie
- Eine verbindliche Finanzierung – beginnend spätestens ab 2027 – in die Haushaltsplanung für eine Kiez-Schwimmhalle aufzunehmen.
- Gleichzeitig im Bebauungsplan Nr. 141-5B „Entwicklungsbereich Kramnitz – Uferpark“ zu untersuchen, wie ein Strand-/Freibad realisiert werden kann, um die neue Kiez-Schwimmhalle zu einem echten „Kiez-Schwimmbad Nord“ im Potsdamer Norden zu entwickeln.
- Für die Realisierung sind alle Fördermöglichkeiten kontinuierlich zu überprüfen und auch weitere Realisierungsmöglichkeiten (beispielsweise eine Realisierung über ÖPP-Modelle, Nutzung/Mitnutzung privater Immobilien und Flächen) in die Planungen einzubeziehen.

Der Stadtverordnetenversammlung ist bis Ende des 2. Quartals 2023 verbindlich über die Realisierung der Kiez-Schwimmhalle sowie den Erweiterungsoptionen (Strand-/Freibad) zu berichten.

Frau Lange bringt die neue Fassung zur DS 23/SVV/0049 ein, welche bislang noch nicht mit der Fraktion SPD abgestimmt werden konnte.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadt Potsdam bekennt sich verbindlich zur Notwendigkeit des Baus einer weiteren Schwimmhalle im Potsdamer Norden.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Finanzierung des Kiez-Schwimmbads Nord verbindlich in die Haushaltsplanung aufzunehmen, beginnend spätestens ab 2027 mit den notwendigen Planungskosten und dann ab Planreife des betreffenden Bebauungsplans mit der Umsetzung. Mögliche Fördergelder sind dabei kontinuierlich auszuloten und einzubeziehen.

Der Oberbürgermeister wird weiterhin beauftragt im Potsdamer Norden ein entsprechend für den Bau eines Kiez-Schwimmbads Nord geeignetes und genehmigungsfähiges Grundstück für ein Hallenbad (min. fünf 25m-Bahnen und Lehrbecken) zu identifizieren, dauerhaft in kommunalem Eigentum zu sichern und ein entsprechendes Baurecht herzustellen.

Zudem wird der Oberbürgermeister beauftragt den Bebauungsplan Nr. 141-5B „Entwicklungsbereich Krampnitz – Uferpark“ hinsichtlich der Realisierbarkeit eines kommunalen Strandbades weiter zu verfolgen, dauerhaft in kommunalem Eigentum zu sichern und ein entsprechendes Baurecht herzustellen. Sollte diese Fläche nicht realisierbar sein, so ist alternativ in Krampnitz oder unmittelbarer Umgebung eine Fläche für ein Freibad zu identifizieren, dauerhaft in kommunalem Eigentum zu sichern und ein entsprechendes Baurecht herzustellen.

Der Stadtverordnetenversammlung sind bis Ende des 2. Quartals 2023 verbindliche Aussagen zu geeigneten Flächen für das Kiezbad sowie ein Strand- oder Freibad zu präsentieren. Im Anschluss daran ist dem Ausschuss für Bildung und Sport halbjährlich über den Fortschritt inkl. des weiteren Zeitplans zu berichten.

Begründung:

Im Bürgerhaushalt kommt das Thema Freibad und Kiezbad Nord immer wieder als Wunsch der Bürger*innen auf, so aktuell im Bürgerhaushalt 2022 mit dem erfolgreichen Antrag 22/SVV/1137 „Nummer 18: Freibad im Potsdamer Norden“.

Mittlerweile ist es vollkommen unstrittig, dass Potsdam unabdingbar eine weitere Schwimmhalle braucht, vorzugsweise im stark wachsenden und bisher unversorgten Norden. Der im November vorgestellte Integrierte Sportentwicklungsplan des GB2 zeigt seitens der Verwaltung ebenfalls deutlich auf, dass es ein weiteres Schwimmbad braucht: *„Ausgehend von der heutigen Bedarfsdeckung und der derzeitigen Verteilung zwischen den Nutzergruppen ergibt sich nach dieser Prognose im Jahr 2035 ein zukünftiger Bedarf von zusätzlich 711 Kurzbahnstunden pro Woche. Ein Schwimmbad in der Größe des Kiezbades am Stern (25 x 12,5 m) deckt den Bedarf von ca. 500 Kurzbahnstunden je Woche ab.“* *„Notwendige Erweiterungen der Kapazitäten bzw. Nutzungszeiten für den Schul- und Vereinssport belasten den öffentlichen Schwimm- und Badebetrieb, welcher auch ein wichtiger Teil der kommunalen Daseinsvorsorge ist und die Lebensqualität einer Stadt wesentlich mitprägt. Diese Verdrängungstendenz wäre nur für einen sehr begrenzten Zeitraum akzeptabel. Ständige Pendelverkehre für Schülerinnen und Schüler im*

Potsdamer Norden sind aufgrund der begrenzten Zeitressourcen des Schwimmunterrichts und aus organisatorischen Gründen im Schulbetrieb, aber auch aus verkehrstechnischen sowie umweltbedingten Gründen zu vermeiden. Nach fachlicher Einschätzung der Bäderlandschaft Potsdam und dem Fachbereich Bildung, Jugend und Sport wird der konkrete Bedarf für ein neues Schwimmbad mittelfristig gesehen, um ernsthaften Nutzungskonflikten rechtzeitig entgegenwirken zu können.“

In der SVV vom 07.12.2022 wurde in Beantwortung der Einzelanfrage 22/SVV/1169 von Frau Lange zum Sachstand klar, dass ein klare Finanzierungsauftrag fehlt.

In der Mitteilungsvorlage 20/SVV/0563 zum beschlossenen Antrag 19/SVV/1383 „Fläche für das Kiez-Schwimmbad Nord sichern“ wurde deutlich gemacht, dass in Krampnitz eine Fläche für das dringenc notwendige Kiezbad Nord bau- und eigentumsrechtlich gesichert werden kann und soll. Fortschritte sind seitdem jedoch keine erkennbar, trotz des eindeutigen SVV-Beschlusses. Im Zuge der Ausschussberatung im SBWL im Februar 2023 wurde zudem bekannt, dass diese Fläche wegen des LSG nicht für ein Kiezbad infrage kommt und daher erneut die Standortfrage gestellt werden muss, die 2019 bereits Krampnitz als Vorzugsvariante ergab. Im besten Fall läge die Alternativfläche für das Kiezbad trotzdem in Krampnitz, wenn auch nicht im Uferbereich des Sees – das würde den verkehrsgünstigsten Standort und würde mit einem Frei-/Strandbad auch (personelle) Synergieeffekte mit sich bringen.

Herr Kümmel weist darauf hin, dass bereits in den Jahren 2019 bis 2020 eine Diskussion um Bedarf, Standort und Finanzierung eines Schwimmbades im Potsdamer Norden geführt wurde.

In der sich anschließenden Diskussion ist man sich einig, dass eine geeignete Fläche im Potsdamer Norden gefunden werden müsse. Eine Realisierung über ÖPP-Modelle werde jedoch von der Fraktion SPD und LINKE abgelehnt. Der im B-Plan Nr. 141-5B vorgesehene Bereich für ein Kiezbad liegt vollständig im Landschaftsschutzgebiet. Der Rahmen für die Prüfung durch die Verwaltung dürfe nicht zu eng gesteckt werden. Die Realisierung eines Strand- und Freibades könne auch getrennt voneinander realisiert werden.

Frau Bartelt stellt einen Geschäftsordnungsantrag zum Ende der Debatte.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	3
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	4

Der Geschäftsordnungsantrag wurde **angenommen**.

Herr Pfeiffer betont, dass der Bedarf für ein Kiezbad durch die Verwaltung gesehen werde. Ein Votum zur Finanzierung stünde noch aus. Er bittet darum, den Antrag möglichst weit zu fassen, um das Verwaltungshandeln zu erleichtern.

Herr Pfeiffer empfiehlt den Fraktionen eine Pause zur Befassung untereinander zu den unterschiedlichen Antragsformulierungen.

Frau Lange schlägt eine Pause vor.
Pause 20:06 Uhr – 20:12 Uhr

Nach der Pause bittet Frau Lange zunächst um Abstimmung der DS 22/SVV/1220, siehe Tagesordnungspunkt 3.4. Dann um Abstimmung zu den Neufassungen der Fraktion CDU und der Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam.

Herr Viehrig stellt folgende geänderte neue Fassung zur DS 23/SVV/0049 vor, welche anschließend abgestimmt wird.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadt Potsdam bekennt sich verbindlich zur Notwendigkeit des Baus einer weiteren Schwimmhalle im Potsdamer Norden.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt:

- Ein geeignetes und genehmigungsfähiges Grundstück für eine Kiez-Schwimmhalle (mindestens fünf 25m-Bahnen und Lehrbecken) zu identifizieren und dieses dauerhaft in kommunalen Eigentum zu sichern sowie
- Eine verbindliche Finanzierung – beginnend spätestens ab 2027 – in die Haushaltsplanung für eine Kiez-Schwimmhalle aufzunehmen.
- Gleichzeitig im Bebauungsplan Nr. 141-5B „Entwicklungsbereich Krampnitz – Uferpark“ zu untersuchen, wie ein Strand-/Freibad realisiert werden kann, um die neue Kiez-Schwimmhalle zu einem echten „Kiez-Schwimmbad Nord“ im Potsdamer Norden zu entwickeln.
- Für die Realisierung sind alle Fördermöglichkeiten kontinuierlich zu überprüfen und auch weitere Realisierungsmöglichkeiten (beispielsweise eine Realisierung über ÖPP-Modelle, Nutzung/Mitnutzung privater Immobilien und Flächen) in die Planungen einzubeziehen.

Der Stadtverordnetenversammlung ist bis Ende des 2. Quartals 2023 verbindlich über die Realisierung der Kiez-Schwimmhalle sowie den Erweiterungsoptionen (Strand-/Freibad) zu berichten.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Stadt Potsdam bekennt sich verbindlich zur Notwendigkeit des Baus einer weiteren Schwimmhalle im Potsdamer Norden.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Finanzierung des Kiez-Schwimmbads Nord verbindlich in die Haushaltsplanung aufzunehmen, beginnend spätestens ab 2027 mit den notwendigen Planungskosten und dann ab Planreife des betreffenden Bebauungsplans mit der Umsetzung. Mögliche Fördergelder sind dabei kontinuierlich auszuloten und einzubeziehen.

Der Oberbürgermeister wird weiterhin beauftragt im Potsdamer Norden ein entsprechend für den Bau eines Kiez-Schwimmbads Nord geeignetes und genehmigungsfähiges Grundstück für ein Hallenbad (min. fünf 25m-Bahnen und Lehrbecken) zu identifizieren, dauerhaft in kommunalem Eigentum zu sichern und ein entsprechendes Baurecht herzustellen.

Zudem wird der Oberbürgermeister beauftragt den Bebauungsplan Nr. 141-

5B „Entwicklungsbereich Krampnitz – Uferpark“ hinsichtlich der Realisierbarkeit eines kommunalen Strandbades weiter zu verfolgen, dauerhaft in kommunalem Eigentum zu sichern und ein entsprechendes Baurecht herzustellen. Sollte diese Fläche nicht realisierbar sein, so ist alternativ in Krampnitz oder unmittelbarer Umgebung eine Fläche für ein Freibad zu identifizieren, dauerhaft in kommunalem Eigentum zu sichern und ein entsprechendes Baurecht herzustellen.

Der Stadtverordnetenversammlung sind bis Ende des 2. Quartals 2023 verbindliche Aussagen zu geeigneten Flächen für das Kiezbad sowie ein Strand- oder Freibad zu präsentieren. Im Anschluss daran ist dem Ausschuss für Bildung und Sport halbjährlich über den Fortschritt inkl. des weiteren Zeitplans zu berichten.

Im Begründungstext wurden ebenfalls Änderungen vorgenommen.

Die geänderte Neufassung zur DS 23/SVV/0049 der Fraktion CDU wird zur Abstimmung gestellt:

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	1
Ablehnung:	5
Stimmenthaltung:	2

Der Antrag wurde in der neuen geänderten Fassung **abgelehnt**.

Die geänderte Neufassung zur DS 23/SVV/0049 der Fraktionen Sozial.DIE LINKE.Potsdam und SPD wird zur Abstimmung gestellt:

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

Der Antrag wurde in der neuen Fassung **angenommen**.

zu 3.6 Beschluss Rahmenplan Golm 2040

Vorlage: 22/SVV/1236

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung

Die Beschlussvorlage wird **zurückgestellt**.

zu 3.7 Sonntagsöffnung der Stadt- und Landesbibliothek

Vorlage: 22/SVV/1265

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE

Herr Prof. Hobohm betont, wie essentiell Bibliotheken sind. Sie seien identitätsstiftend und Orte der Demokratie im Alltag.

Herr Menzel bringt den Antrag für die Fraktion DIE aNDERE ein.

Frau Mattekat schließt sich der Rede von Herrn Prof. Hobohm an und hebt hervor, dass mit einem positiven Votum der Stadtverordneten und einem gewissen Vorlauf, der Sonntagsöffnung der Bibliothek nichts im Wege stünde. Eine finanzielle Zusicherung im Rahmen der Haushaltsdebatte sei erforderlich.

In der sich anschließenden Diskussion einigt man sich, den Antrag bis zur Haushalts-Diskussion im März 2023 **zurückzustellen**.

zu 3.9 Verkehrsbehördliche Überprüfung zur Festsetzung von Geschwindigkeitsbeschränkungen vor Schulen, Kitas, Hort- und Senioreneinrichtungen aktualisieren

Vorlage: 23/SVV/0036

Einreicher: Fraktion CDU

Herr Viehrig bringt den Antrag für die Fraktion CDU ein.

Herr Hilbert, stellvertretend für die Kolleg*innen des Fachbereiches 47, weist darauf hin, dass aufgrund anderer Straßenverkehrsbehördlicher Vorbereitungen und Planungsleistungen, sowie krankheitsbedingter Personalausfälle eine Berichterstattung der Verwaltung erst im IV. Quartal 2023 realistisch wäre.

Der geänderte Antrag wird zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die Verkehrsbehördliche Überprüfung zur Festsetzung von Geschwindigkeitsbeschränkungen vor Schulen, Kitas, Hort- und Senioreneinrichtungen auf 30 km/h zu aktualisieren.

Die Stadtverordnetenversammlung ist mit einer Mitteilungsvorlage im **IV. H.** Quartal 2023, über den Umsetzungsstand zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **8**

Ablehnung: **0**

Stimmhaltung: **0**

Der geänderte Antrag wird einstimmig **angenommen**.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1 Aktuelle Situation Schulentwicklungsplanung - Sachstand Baumaßnahmen

Da kein Vertreter des KIS zugegen sein kann, wird die Präsentation (siehe Anlage) dem Protokoll beigefügt.

zu 4.2 Sachstand zu Anpassung der Integrierten Kita- und Schulentwicklungsplanung 2021 bis 2026 gem. 21/SVV/1322

Herr Hilbert berichtet, dass das OSZ I die Einrichtung eines neuen Ausbildungsganges beantragt hat (siehe Tagesordnungspunkt 4.6). Bezüglich des Gymnasiums Bornstedt seien die Planer beauftragt worden. Die Beschaffung der Modulanlage C am Standort Schule am Schloss wurde am 20.01.2023 vom Werksausschuss KIS genehmigt. Die Planungen zur Sporthalle laufen aktuell.

zu 4.3 Bericht bezüglich Erhöhung des Budgets für PLuS-Projekte gemäß Beschluss: 21/SVV/0963 mündlich GB 2

Herr Pfeiffer führt aus, dass die PLuS-Projekte im Haushalt 2023/24 mit einem Ansatz von 350.000 EUR veranschlagt sind. Im Rahmen der Haushalts-Debatte werden Prioritätensetzungen erfolgen. Der Fachbereich 23 wird bis zum Mai 2023 einen verbindlichen Vorschlag zur Kriterienauswahl von PLuS-Projekten in der Stadtverordnetenversammlung und im Jugendhilfeausschuss vorstellen. Die Ergebnisse des Beteiligungsprozesses werden mit einem Beschlussvorschlag in die Stadtverordnetenversammlung im Mai 2023 gegeben.

zu 4.5 Bericht IT an Schulen

Herr Pfeiffer führt aus, dass das einzige relevante Thema der Brandbrief der Lenné-Schule sei. Hierzu gebe es bereits einen Antwortentwurf. Der darin erwähnte Zeithorizont für die Realisierung des Auftrages an den DIKOM sei jedoch noch verbindlich zu klären. Hierzu gebe es noch internen Abstimmungsbedarf. Die LHP sei jedoch bestrebt alle 48 Potsdamer Schulen bedarfsgerecht auszustatten und sukzessiv die IT-Bedarfe umzusetzen. Die seit Ende Dezember 2022 zu bewältigenden Angriffe auf die IT-Strukturen und Daten der LHP erschwerten eine tiefgreifende Verständigung.

zu 4.6 Einrichtung des Bildungsgangs Fachoberschule in der Fachrichtung Gestaltung im einjährigen Bildungsgang Vorlage: 23/SVV/0162

Einreicher: Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Herr Hilbert bringt die Beschlussvorlage zur Vorbefassung im Ausschuss für Bildung und Sport ein. Um den Bildungsgang bereits ab dem kommenden Schuljahr 2023/2024 anbieten zu können, benötige die Schule Planungssicherheit und die Möglichkeit, rechtzeitig Werbung für den Ausbildungslehrgang machen zu können. Der Beschluss trägt zur Stärkung der Oberstufenstruktur bei. Der Bildungsgang konkurriere kein Angebot anderer Oberstufenzentren in der Umgebung.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Am Oberstufenzentrum I Technik - Potsdam wird zum Schuljahr 2023/2024 der Bildungsgang

Fachoberschule in der Fachrichtung Gestaltung im einjährigen Bildungsgang (FOS Gestaltung)

eingerrichtet.

Hinsichtlich der Aufnahme wird maximal eine 1-Zügigkeit erwartet und entsprechend als Kapazitätsgrenze festgelegt.

Die Beschlussvorlage wird vom Ausschuss einvernehmlich wohlwollend zur Kenntnis genommen, mehrere Ausschussmitglieder und die Ausschussvorsitzende sprechen sich explizit dafür aus.

zu 4.7 Kommunalen Medienentwicklungsplan gem. 21/SVV/1133

Herr Pfeiffer merkt an, dass zunächst eine Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung im März 2023 avisiert wurde. Aufgrund der Cyber-Angriffe sei dies jedoch nicht möglich. Der Austausch mit dem Fachbereich 54 sei demzufolge ins Stocken geraten. Man werde eine Befassung im Juni 2023 in der gemeinsamen Sitzung mit dem Jugendhilfeausschuss planen.

zu 4.8 Bildungsbericht Übergang Schule-Beruf

Herr Pfeiffer weist darauf hin, dass die entsprechende Kollegin leider erkrankt und somit eine Vorstellung des Bildungsberichtes nicht möglich sei. Die Berichterstattung werde daher **zurückgestellt**.

zu 5 Sonstiges

zu 5.2 Fortschritt Michael-Ende Grundschule / Schulstart

Herr Hilbert verweist auf die Pressemitteilung vom 31.01.2023. Aufgrund der Wetterlage sind seit November 2022 zwei Baubehinderungsanzeigen seitens der Filmpark GmbH eingegangen. Daraus resultiere vermutlich eine Verzögerung der Fertigstellung von 4-6 Wochen. Man habe daher die Kommunikation zum Interimsstandort über die Presse vorgenommen. Ein Umzug ist spätestens zum Halbjahr angedacht.

zu 5.3 Sportplatzsanierung Regenbogenschule Fahrland

Herr Pfeiffer verweist auf die schriftliche Antwort des Sportbereiches. Ein Auftrag zur Beseitigung der Fehlstellen im Kunststoffbelag konnte witterungsbedingt noch nicht erfolgen. Zudem werden in der nächsten Woche Bäume mit einer gültigen Fällgenehmigung gefällt, mit anschließenden Ersatzbepflanzungen. Der Schulhof selbst ist sehr klein und enthält wenig Elemente für eine bewegungsreiche Pausennutzung. Die Sportfläche wird komplett als EPDM Fläche (Gummigranulat) hergestellt und mit den Feldern, Volleyball, Basketball, Fußball belegt. Dazu soll es im Randbereich noch 2 Tischtennisplatten geben und einen Bereich, in dem die Kinder etwas turnen können.

Frau Lange bittet darum, kurzfristig mit dem Verein vor der Sanierung ins Gespräch zu gehen, um eingeschränkte Lösungen für Liga-Spielbetrieb im Zuge der Sanierung zu ermöglichen, zum Beispiel verschiebbare Tore.

zu 5.4 Sportplatz Birnenplantage / Ligabetrieb

baurechtliche Auskunft

Herr Pfeiffer verweist auf die Stellungnahme des KIS. Grundsätzlich erachtet der KIS die Aufstellung von Containern an dem Standort, um den Bedarf an Sozialräumen abzudecken, als möglich. Für eine kurzfristige, temporäre Variante käme eine Anmietung von einzelnen mobilen Toilettenkabinen ohne Wasseranschluss (Dixi oder vergleichbar) in Frage. Die Kosten hierfür belaufen sich auf ca. 350,00 € pro Monat. Für die dauerhafte Aufstellung von geschlechtergetrennten Toilettencontainern mit der Möglichkeit zu Duschen sowie Raummodulen für die Umkleide und zur Lagerung von Material ist neben einer Konkretisierung der Anforderung an die Anzahl und Größe, die Finanzierung zu klären. Zu beachten ist hierbei, dass die Aufstellung neben der Anbindung an die Trink- und Abwasserversorgung einen Genehmigungsprozess voraussetzt. Es ist hierbei von einem Zeitraum von 5 Monaten, ab Klärung der vorgenannten Voraussetzungen auszugehen.

Herr Sima merkt an, dass an diesem Ort eine Umkleidemöglichkeit für bis zu 30 Kinder geschaffen werden müsse.

Frau Lange bittet um Berichterstattung im Mai 2023.

zu 5.5 Möglichkeiten der zeitlichen Begrenzung zu Nutzungsmöglichkeiten von mobilen Umkleiden / Nowawiese

Herr Pfeiffer berichtet, dass die Verwaltung Ende 2022 die Kommunikation mit der SPSG in Form eines Schreibens wiederaufgenommen habe. Da es bis dato noch keine Rückantwort gibt, wurde seitens der Verwaltung ein persönliches Treffen Anfang März 2023 forciert, zu dem Frau Dr. Horn (Generaldirektion SPSG) und Frau Graumann (Untere Denkmalbehörde) ihre Gesprächsbereitschaft bereits zugesagt haben. Im Fokus stehe das Ziel, eine zeitnahe Genehmigung und Erlaubnis von der SPSG für die Aufstellung

temporärer Umkleide- und Sanitärcontainer zu erhalten. Ein orientierendes auslotendes Gespräch mit der SPSG wird am 02.03.2023 stattfinden.

Ferner bittet Herr Böttcher um das Schreiben, welches Herr Wollenberg und Frau Aubel an die SPSG versandt haben und deren Antwort darauf.

Eine Berichterstattung im Mai 2023 wird zugesagt.

zu 5.6 Entwicklung der Anwahlzahlen Schule am Schloss
seit Eröffnung, im Verhältnis zu den zur Verfügung stehenden Plätzen
(Containerlösung)

Herr Dörnbrack berichtet, dass seit Eröffnung der Schule vor 4 Jahren, die Schule im Erstwunsch nicht so angewählt wurde, wie sie Möglichkeiten gehabt hätte. Über den Erst- und Zweitwunsch wäre sie jedoch gut und mit Zuweisungen voll ausgelastet.

zu 5.7 Online-Anmeldungen im Rahmen Ü1-Verfahren
was wurde angefragt; was könnte abgefragt werden; wie könnten diese Daten anonymisiert für die Schulentwicklungsplanung nutzbar gemacht werden

Herr Dörnbrack merkt an, dass es kein Online-Verfahren im Rahmen des Ü1-Verfahren gäbe. Dies erfolge bislang nur in Papierform.

In der sich anschließenden Diskussion verständigt man sich, in der nächsten Ausschusssitzung über voraussichtliche Tendenzen im Ü1 und Ü7-Verfahren zu berichten, bevor in der Mai- oder Junisitzung der Komplettbericht erfolgen kann.

Frau Lange weist darauf hin, dass die nächste Ausschusssitzung am 21.03.2023 in der Grundschule am Telegrafenberg stattfinde. Um 17 Uhr gebe es eine Führung durch die Schule. Im Mai tagt der Ausschuss im Schulzentrum am Stern. Für Juni werde man eine gemeinsame Sitzung mit dem Jugendhilfeausschuss planen und sich noch auf ein Datum verständigen, wobei der Ausschuss den Termin des Bildungsausschusses bevorzugt, da der JHA mit anderen Ausschusssitzungen kollidiert. Sitzungsbeginn für die gemeinsame Sitzung wäre dann bereits um 16 Uhr.

Herr Sima bittet darum in der nächsten Sitzung einen nichtöffentlichen Teil zu behandeln, die Anfrage sendet er per Mail.

Frau Lange schließt die Sitzung um 21:18 Uhr.